

## **Für eine wissenschaftliche Chefberatung An diesen Themen kommt keine Regierung vorbei**

von Patrick Cramer

Für die großen Herausforderungen unserer Zeit gibt es – anders als die Populisten es den Menschen versprechen – keine einfachen Lösungen. Wir werden Lösungen in der Regel auch nicht im nationalen Alleingang, sondern vor allem in Zusammenarbeit mit anderen Ländern herbeiführen können. Dabei kann eine international vernetzte Wissenschaft wertvolle Orientierung bieten. Sie beschreibt die Wirklichkeit auf der Grundlage nachvollziehbar gewonnener Erkenntnisse. Wissenschaft liefert verlässliche Informationen über die Realität, prognostiziert Entwicklungen und entwickelt neue Lösungsansätze. Sie verfügt über einen enormen Schatz an gesichertem Wissen, den die Politik nutzen sollte.

Es gibt zahlreiche wissenschaftliche Erkenntnisse, an denen keine neue Regierung vorbeikommt. Bei uns in Deutschland beginnt das schon damit, dass sich unsere Gesellschaft durch den demografischen Wandel grundlegend verändert. Das kehrt die Alterspyramide um. Während der Anteil jüngerer Menschen in der Bevölkerung sinkt, wächst der Anteil älterer. Seit über 50 Jahren sterben in Deutschland mehr Menschen, als geboren werden. Mit einer Geburtenrate von 1,35 Kindern pro Frau nimmt dieses Geburtendefizit noch zu. Das bedeutet, dass im Rahmen des Generationenvertrags immer weniger Erwerbstätige für eine wachsende Zahl von Rentnern aufkommen müssen. Dieser Herausforderung wird jede neue Regierung begegnen und dabei weit über eine Legislaturperiode hinaus denken müssen.

Die demografische Entwicklung trägt auch zum wachsenden Fachkräftemangel bei – gerade in Schlüsselberufen. Der Personalmangel in Kitas und Schulen erschwert es Eltern, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren. Auch die Qualität der pädagogischen Arbeit leidet. Zunehmend erfüllen Grundschul Kinder nicht mehr die Mindestanforderungen, selbst bei der sprachlichen Bildung. Dass sieben Prozent der Schulabgänger die allgemeinbildende Schule ohne Abschluss verlassen und Deutschland im internationalen Vergleich der Schulleistungen nur im Mittelfeld liegt, ist für unser Land, das von Bildung, Forschung und Innovation lebt, nicht tragbar. Bildungsdefizite verringern die Startchancen vieler junger Menschen, hängen mit sozialer Benachteiligung zusammen und wirken sich negativ auf die Gesundheit der Menschen aus.

Zwar investiert Deutschland gemessen an der Wirtschaftsleistung den höchsten Anteil aller 27 EU-Staaten in sein Gesundheitssystem, belegt aber in Bezug auf die Lebenserwartung in Westeuropa nur einen der hinteren Plätze. Wir haben hierzulande Aufholbedarf bei der Früherkennung von Herz-Kreislauf-Erkrankungen und bei der Tabak- und Alkoholprävention. Dabei ist lange bekannt, dass Prävention weniger kostet als eine spätere medizinische Behandlung. Über eine Million tödliche Herzinfarkte und Schlaganfälle könnten in den kommenden zehn Jahren vermieden werden, wenn Risikofaktoren besser kontrolliert würden. Und hier tun sich gerade aufgrund neuer wissenschaftlicher Methoden viele diagnostische Möglichkeiten auf.

In Deutschland sind fast zehn Prozent der Erwachsenen von Diabetes betroffen. Wir wissen, dass Lebensmittel mit hohem Zuckergehalt unser Gehirn beeinflussen und den weiteren Zuckerkonsum steigern. Aber trotz der Empfehlungen von Experten gibt es in Deutschland nach wie vor keine Zuckersteuer, wie etwa in Großbritannien. Dabei könnte eine Besteuerung süßer Getränke in den kommenden zwei Jahrzehnten bis zu 240.000

Typ-2-Diabetes-Fälle verhindern und so allein im Gesundheitssystem rund 2,8 Milliarden Euro einsparen.

Auch der Klimawandel wird uns Geld kosten. Das vergangene Jahr war das wärmste seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Die globale Durchschnittstemperatur lag 1,6 Grad Celsius über dem vorindustriellen Niveau. Im Zuge dieser Erderwärmung beobachten wir immer mehr extreme Wetterereignisse: verheerende Stürme, Überflutungen, Hitzewellen und Waldbrände. Ereignisse, die in ihrer Heftigkeit und Häufigkeit zunehmen und enorme Schäden nach sich ziehen werden. So beziffert der Rückversicherer Munich Re den volkswirtschaftlichen Schaden allein der Ahrtal-Katastrophe auf 40 Milliarden Euro.

Der Klimawandel wird zudem in vielen Regionen der Erde mehr Migration auslösen. Bereits im Jahr 2023 wurden rund 32 Millionen Menschen durch Extremwetterereignisse gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Diese Zahl wird weiter steigen, wenn die Temperaturnische schrumpft, wenn also die Flächen schwinden, die eine menschliche Besiedlung erlauben. Bei einer prognostizierten Erderwärmung von 2,7 Grad bis zum Ende des Jahrhunderts wären davon Regionen betroffen, in denen heute etwa ein Drittel der Menschheit lebt. Im Wahlkampf ist das derzeit kaum ein Thema, doch die Politik muss die Bekämpfung des Klimawandels unbedingt weiterführen und Maßnahmen zur Abschwächung seiner Folgen ergreifen.

Die Wissenschaft bietet dafür vielversprechende Lösungsansätze. Um den Klimawandel zu verlangsamen, müssen wir die Treibhausgasemissionen zügig reduzieren. Dies kann durch eine weitreichende Elektrifizierung der Technosphäre und den damit verbundenen Ausbau von Wind- und Solarkraft zumindest teilweise erreicht werden. Auch die chemische Industrie muss umgestellt werden. Metalle müssen künftig emissionsarm produziert und Rohstoffe wiederverwertet werden. Dies erfordert den Aufbau einer Infrastruktur für grünen Wasserstoff sowie einer Kreislaufwirtschaft. Diese Transformation kann durch einen internationalen CO<sub>2</sub>-Preis vorangebracht werden. Darüber hinaus müssen Verfahren entwickelt werden, um Kohlendioxid für den Aufbau von Grundchemikalien zu nutzen und große Mengen Kohlenstoff zu speichern. Nur so können wir bis Mitte des Jahrhunderts das Ziel von Netto-Nullemissionen erreichen.

Um bei diesen Entwicklungen schnell voranzukommen, müssen wir in Deutschland und Europa wieder mutiger werden und mehr ins Risiko gehen. Innovationen, die neue Handlungsoptionen erschließen, unsere Wirtschaft im globalen Wettbewerb stärken und unseren Wohlstand sichern, müssen wieder vermehrt hier bei uns entstehen. Start-ups sind dabei eine treibende Kraft des Wachstums. Doch sie entstehen nur, wenn wir sie proaktiv fördern, indem wir zum einen die Innovationskultur stärken und zum anderen mehr Investitionskapital bereitstellen. Der EU-Kapitalmarkt muss deshalb weiter ausgebaut werden, um privates und öffentliches Kapital stärker in der EU zu binden.

Ebenso wichtig wie technologische Innovationen ist der richtige Umgang mit dem Rohstoff Daten. Um das Potenzial der Künstlichen Intelligenz auszuschöpfen, müssen wir nicht nur den Zugang zu Daten verbessern, sondern auch deren Qualität, unter anderem durch einheitliche Datenstandards. Dieser Aufwand lohnt sich, denn allein in der Medizin werden sich durch den Zugang zu anonymisierten und standardisierten Daten viele neue Handlungsoptionen auftun. Die elektronische Patientenakte oder die Initiative zur Medizininformatik sind wichtige Schritte in die richtige Richtung, aber erst der Anfang.

Unsere Gesellschaft wird in den kommenden Jahren mit vielen Veränderungen umgehen müssen. In einer Demokratie wird das nur gelingen, wenn wir uns auf grundlegende Fakten verständigen. Darin liegt gerade heute eine große Herausforderung. Denn die Art der Kommunikation auf den großen digitalen Plattformen, die immer mehr Menschen nutzen, wird der Komplexität der Themen nicht gerecht. Zudem untergraben sie das Vertrauen in demokratische Institutionen und befördern Populismus und Polarisierung. Dem muss eine wehrhafte Demokratie dringend begegnen – durch Regulierung der Plattformen und indem wir Rahmenbedingungen schaffen, die die Vielfalt in der Medienlandschaft erhalten.

All das – und noch viel mehr – muss jede neue Regierung berücksichtigen, um in einer Welt, die sich rasant wandelt, erfolgreich zu agieren und positive Entwicklungen zu ermöglichen. Eine verantwortungsvolle, evidenzbasierte Politik erfordert daher einen qualifizierten Zugang zur Wissenschaft. Deshalb plädiere ich für eine wissenschaftliche Beratung am Kabinetttisch, einen *Chief Scientific Advisor*, wie es ihn in Großbritannien, Kanada oder den USA gibt. Eine solche Beratung muss politisch neutral und vor Instrumentalisierung geschützt sein. Sie darf weder einzelnen Institutionen noch spezifischen Fachgebiete verpflichtet sein, sondern soll die verfügbare Fachexpertise erschließen und in den politischen Prozess einbringen.

Wissenschaft kann – und will – politisches Handeln nicht ersetzen. Sie bietet jedoch eine fundierte Basis für den politischen Entscheidungsprozess, entlarvt vermeintlich einfache Lösungen als unzureichend und zeigt nachhaltige Handlungsoptionen auf. Angesichts der zahlreichen, oft komplexen und globalen Herausforderungen, vor denen wir stehen, ist Politik heute mehr denn je auf die Wissenschaft angewiesen.

*Dieser Beitrag erschien am 13. Februar 2025 unter der Überschrift „Das muss gehen“ in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung*